

NZZ am Sonntag 19. September 2004

Front

Moritz Leuenberger trifft sich mit Manfred Stolpe

Ohne dass die Öffentlichkeit darüber unterrichtet wurde, traf sich Bundesrat Moritz Leuenberger am Freitag in Berlin mit dem deutschen Verkehrsminister Manfred Stolpe. Dies bestätigte Alexandra Brothan, eine Sprecherin des deutschen Verkehrsministeriums, der «NZZ am Sonntag».

Vor zehn Tagen hatte Leuenberger mit der Aussage überrascht, dass es neue Gespräche mit Deutschland brauche, um die Situation rund um den Flughafen Zürich zu verbessern. Laut der Sprecherin des Verkehrsministeriums besprachen Leuenberger und Stolpe «bilaterale Verkehrsthemen». Am Treffen nahm auf Schweizer Seite auch der Direktor des Bundesamts für Zivilluftfahrt, Raymond Cron, teil.

Leuenbergers Sprecher Hugo Schittenhelm erklärte auf Anfrage, dass das Treffen nicht als Sondierungsgespräch für neue Verhandlungen gewertet werden könne. Leuenberger habe Stolpe dargelegt, wie es nach dem Scheitern der Mediation zur Fluglärm-Verteilung weitergehe. Neuverhandlungen mit Deutschland entsprechen einer Forderung der Zürcher Volkswirtschaftsdirektorin Rita Fuhrer. (be.)

Seite 13 - Schweiz

Geheimtreffen Leuenbergers mit Stolpe

Bundesrat Leuenberger hat sich in Berlin mit Verkehrsminister Stolpe getroffen. Von Sondierungen für neue Verhandlungen über den Luftverkehr kann man laut dem Pressesprecher Leuenbergers aber nicht reden.

Francesco Benini

Am 10. September sagte Verkehrsminister Moritz Leuenberger in seiner Rede bei der Einweihung der neuen Abflughalle auf dem Flughafen Zürich, es brauche neue Gespräche mit Deutschland, um die Situation zu verbessern. Diese Gespräche könnten nicht öffentlich geführt werden. Am vergangenen Freitag hat in Berlin ein Treffen zwischen dem deutschen Verkehrsminister Manfred Stolpe und Bundesrat Leuenberger stattgefunden. Alexandra Brothan, Sprecherin des Verkehrsministeriums, bestätigt dies auf Anfrage. Besprochen worden seien «bilaterale Verkehrsthemen».

Der Erlass der deutschen Rechtsverordnung hatte 2003 die Einführung des Südanflugs zur Folge, gegen den die Bewohner der dicht bevölkerten Anflugschneise Sturm laufen. Der Flughafen Zürich führt 80 Prozent seiner verspäteten An- und Abflüge auf die deutsche Rechtsverordnung zurück. Wenn sich an dieser unbefriedigenden Lage etwas ändern soll, sind neue Verhandlungen mit Deutschland nötig. Leuenbergers Pressesprecher Hugo Schittenhelm erklärt auf Anfrage, dass es sich beim Treffen vom Freitag um einen «informellen Austausch» gehandelt habe. Teilgenommen hat auf Schweizer Seite auch der Direktor des Bundesamts für Zivilluftfahrt, Raymond Cron. Von einem Sondierungsgespräch für neue Verhandlungen zu reden, ist laut Schittenhelm falsch. Verkehrsminister Stolpe sei von Bundesrat Leuenberger ins Bild gesetzt worden, wie es nach dem Scheitern der Mediation weitergehe. Schittenhelm erklärt zudem, dass man noch nicht sagen könne, wann neue Verhandlungen mit Deutschland aufgenommen würden. Ein Mandat des Bundesrats gebe es dafür nicht.

Dass Moritz Leuenberger neue Verhandlungen mit Deutschland mit grossem Einsatz führen wird, ist nicht zu erwarten. Die Ablehnung des Staatsvertrags durch die eidgenössischen Räte empfand er als persönliche Kränkung, über die er noch immer nicht hinweggekommen ist. Nach seiner braven Verhandlungsführung schaute 2001 für die Schweiz ein schlechter Vertrag heraus. Diese Wertung wird allein schon durch folgende Tatsache belegt: Der Staatsvertrag sah vor, dass die Zahl der Anflüge über süddeutschem Gebiet auf 100 000 pro Jahr limitiert wird. Gegenwärtig werden rund 120 000 Anflüge pro Jahr über süddeutsches Gebiet geführt. Ohne Vertrag fährt die Schweiz also besser als mit - trotz dem Erlass von Überflugs-Sperrzeiten.

Neue Verhandlungen mit Deutschland entsprechen einer Forderung der Zürcher Volkswirtschaftsdirektorin Rita Fuhrer. Sie will, dass der Südanflug aufgehoben wird und die Flugbewegungen kanalisiert statt in alle Himmelsrichtungen verteilt werden. Sie befindet sich hier auf Konfrontationskurs mit Leuenberger, der noch immer den unsinnigen Ausdruck «Demokratisierung des Fluglärms» im Mund führt.

Regierungsrätin Fuhrer hält im Übrigen die Zeit für noch immer nicht reif, um der Bevölkerung rund um den Flughafen reinen Wein einzuschenken. An einer Pressekonferenz irritierte sie vor drei Tagen mit der Aussage, dass das Projekt Relief «abgeschlossen» sei. Die von der Zürcher Baudirektorin Dorothee Fierz beauftragten Experten haben ihre Arbeit tatsächlich seit geraumer Zeit beendet - nur weiss man immer noch nicht, welches die Position des Regierungsrats zu den Ergebnissen der Studie ist. Relief schlägt unter anderem einen Verzicht auf die Südanflüge, eine Forcierung der Ostanflüge sowie Pistenverlängerungen vor. Die Zürcher Regierung kündigte eine Wertung für diesen Herbst an, im Osten erhob sich ein Sturm der Entrüstung - jetzt scheinen weitere Abklärungen nötig. Rita Fuhrers Zögern hat wohl einerseits damit zu tun, dass sie die Bevölkerung im Osten nicht vor den Kopf stossen will, solange die Volksabstimmung über die Limitierung der Flugbewegungen auf dem Flughafen Zürich nicht stattgefunden hat. Zum andern setzt Fuhrer vor allem auf die Nordausrichtung des Flughafens. Um diese zu erreichen, braucht es Neuverhandlungen mit Deutschland, in denen die Einrichtung des gekröpften Nordanflugs entlang dem Rhein als Druckmittel eingesetzt werden müsste. Bundesrat Leuenberger ist gefordert.